

die USA eingeladen sei. Er betonte, dass der Besuch nicht im Auftrag der Regierung erfolge, sondern auf eine Einladung durch den amerikanischen Generalkonsul für Hongkong und Macau zurückgehe. Der Delegation werden Mitglieder der Legislativversammlung und Beamte, die die Glücksspielindustrie in Macau überwachen, angehören. Der Regierungschef erklärte, die zweite Phase der Liberalisierung der Glücksspielindustrie sei im Wesentlichen abgeschlossen und man beginne nun mit der dritten Phase, bei der es um den künftigen Gesetzesrahmen geht. (MSAR Government Information Bureau, www.gcs.gov.mo, 5./25.3.01) -ljk-

---

## Taiwan

---

### 42 Kleine Kabinettsumbildung

Wie nach den politischen Schwierigkeiten der letzten Monate und der massiven Kritik an der Regierung erwartet worden war, kam es im März zu einem Kabinettsrevirement. Dessen Umfang blieb jedoch gering.

Hauptanlass war der Ende Februar geäußerte Rücktrittswunsch von Transportministerin Yeh Chu-lan (Ye Zhulan), die wegen der Handhabung eines Ölunfalls an der südtaiwanischen Küste unter Beschuss geraten war, da der Seeverkehr in ihr Ressort fällt. (Vgl. C.a., 2001/2, Ü 48) Vielfach gefordert wurde ein Rücktritt von Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi (Lin Xinyi) wegen dessen Verantwortung für die Bauunterbrechung am vierten Atomkraftwerk und die dadurch entstandenen Kosten. (Vgl. C.a., 2001/2, Ü 47). Beide Minister blieben jedoch auf ihrem Posten, als Premier Chang Chun-shung (Zhang Junxiong) am 5. März folgende Neuberufungen für vier Kabinettsmitglieder bekannt gab:

1. für die Leitung der Umweltbehörde – der entlassene Amtsinhaber hatte bei dem Ölunfall im Zentrum der Kritik gestanden;
2. für die Leitung des Atomenergie-rats;
3. für einen Ministerposten ohne Geschäftsbereich, nachdem der bis-

herige Amtsinhaber die vorerwähnte Leitung des Atomenergie-rats übernimmt, sowie

4. für die Leitung des Nationalen Wissenschaftsrats.

Interessant sind an dem Revirement drei Punkte:

1. Der neue Leiter der Umweltbehörde gehört der oppositionellen Neuen Partei (NP) an, die damit stärker als bisher in die Minderheitsregierung eingebunden wird.
2. Der neue Leiter des Atomenergie-rats gilt als Pro-AKW-Mann. Auch dies darf als Konzession an die Opposition gewertet werden.
3. Der neue Minister ohne Geschäftsbereich lehrte an der amerikanischen Purdue-Universität 28 Jahre lang als Wirtschaftsprofessor und gilt entsprechend als Wirtschaftsfachmann. Seine Hauptaufgabe wird sein, dem wenig geschätzten Wirtschaftsminister zur Seite zu stehen und das trübe Investitionsklima verbessern zu helfen.

Die Opposition zeigte sich von dem „Stühlerücken“ enttäuscht. In der Tat blieb die Kabinettsumbildung weit hinter den allgemeinen Erwartungen zurück. Nach dem Glaubwürdigkeitsverlust, den die Regierung auf vielen Gebieten erlitten hat, wäre mindestens die Entlassung von Verkehrs- und Wirtschaftsminister wären fällig gewesen. Die wenigen neuen Köpfe, die zudem alle in der zweiten Reihe der Kabinettsmitglieder stehen, werden der Regierung verlorenes Vertrauen kaum zurückgewinnen können. Auch wurden die Konzessionen an die Opposition von dieser zu Recht als mehr symbolischer Natur empfunden. (TH, 2.3., 6.3.01; TT, 2.3., 3.3., 5.3., 6.3.01) -hws-

### 43 Neues Investitionsprogramm zur Wirtschaftsbelebung

Präsident Chen billigte Anfang März ein Investitionspaket im Umfang von 810 Mrd. NT\$ (knapp 26,8 Mrd. Euro). Darin eingeschlossen sind 111,5 Mrd. NT\$, von denen schon früher die Rede war. (Vgl. C.a., 2001/2, Ü 50)

Zu dem Paket zählen unter anderem der Ausbau zwei existierender „wissenschaftsgestützter Industrieparks“ und die Anlage eines dritten derartigen Parks im zentraltaiwanischen Taichung (Taizhong), ökologische Konservierungs- und Förderungsmaßnahmen, Maßnahmen zum Hochwasserschutz, zur Stärkung und Festigung der Energieversorgung, zum Ausbau der Verkehrswege – darunter der Bau eines internationalen Flughafens in Taichung –, zur Stadtverschönerung, zur Abfallentsorgung, zur Luftverbesserung und zur Verbesserung des Lebens- und Arbeitsumfeldes in Form von Errichtung neuer Sportstätten, Erholungseinrichtungen etc.

Kritiker sehen in dem Programm wenig Neues. Es enthalte wenig an grundlegenden Strukturreformen des Finanz- und Wirtschaftssystems. Vor allem wurde ein Gesamtkonzept zum Aufbau nachhaltiger Energiegewinnung und -nutzung vermisst. Die kurzfristige Aufgabe der Wirtschaftsstimulierung mag das Maßnahmenpaket gleichwohl erfüllen. Nach wie vor steht für einen Teil der Posten allerdings die Billigung durch das Parlament aus. (TH, 7.3.01; IHT, 9.3.01; NfA, 14.3.01; SCMP, 14.3.01) -hws-

### 44 Unfall im AKW bestätigt Atomskeptiker

Im dritten der drei taiwanischen AKWs kam es am 18. März zu einem Zwischenfall, der als der schwerste in der 22-jährigen Geschichte der Kernenergienutzung in Taiwan gilt. Auslöser war Meersalz, das sich in dichtem Nebel auf Isolatoren der Hochspannungsleitungen am AKW abgesetzt hatte und zu Kurzschlüssen führte, die der Anlage den für den Kühlwasserumlauf nötigen Betriebsstrom entzogen. Radioaktivität wurde dem Betreiber Taipower zufolge zwar nicht freigesetzt, die näheren Umstände gaben jedoch Anlass zur Sorge, da zwei Notgeneratoren nicht wie vorgesehen funktionierten. Beim Versuch, einen Notstromgenerator anzuwerfen, kam es zudem zu einem Brand. Erst nach zwei Stunden hatte das Personal die Lage wieder unter Kontrolle. Bei einem der zwei Reaktoren der Anlage kam es wenige Stunden später erneut zu einem Kurzschluss.

Auf einer siebenstufigen internationalen Skala zur Bewertung von Unfällen in AKWs erreichte der Vorfall erstmals in Taiwan die Stufe zwei. (Stufe sieben wäre als größter anzunehmender Unfall – GAU – eine Kernschmelze.) Bedenklich war, dass der Zusammenbruch der Stromversorgung das Kühlsystem und damit eine sicherheitstechnisch äußerst heikle Stelle betraf.

Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi inspizierte einen Tag später die Anlage und gab bekannt, dass die Beseitigung der Schäden drei Wochen dauern werde. Vor allem Taipower geriet in die Kritik: Zum Ersten war das Problem des sich auf Isolatoren absetzenden Salzes bekannt und tags zuvor auch wahrgenommen worden, jedoch ohne dass Taipower das Problem sofort beseitigt hätte. Zum Zweiten hatte das Personal die Notgeneratoren offenbar so ungenügend gewartet, dass zwei davon gar nicht erst ansprangen, und zum Dritten war – in der offenbar ausgebrochenen Hektik – auch noch ein Brand ausgelöst worden.

Nach den hitzigen Debatten der letzten Monate über Baustopp oder Weiterbau des vierten taiwanischen AKW bedeutete der Vorfall Wasser auf die Mühlen der AKW-Gegner. Parlamentarier forderten die Einrichtung eines unabhängigen Komitees zur Kontrolle der Betriebssicherheit von Taiwans Atomenergieanlagen. (CNAT, nach BBC PF, 18.3.01; FT, 19.3.01; TH, 19.3., 20.3.01; TT, 19.3., 20.3.01; SCMP, 21.3.01) -hws-

#### 45 Erste Direktwahl der KMT-Vorsitzenden

Am 24. März bestimmten die Mitglieder der Nationalen Volkspartei KMT ihren Vorsitzenden erstmals in der Parteigeschichte durch Direktwahl. Erwartungsgemäß wieder gewählt wurde der bisherige Vorsitzende Lien Chan (Lian Zhan).

Die KMT war in den Zwanzigerjahren nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei der Sowjetunion strukturiert worden und behält Merkmale von deren „demokratischem Zentralismus“ bis heute bei. Erst das Desaster, das die Partei bei der Präsidentenwahl vor einem Jahr erlebte, hatte der Parteiführung klar gemacht, dass die partei-

internen Demokratiedefizite nicht länger hinnehmbar seien. Die Direktwahl des Vorsitzenden war Kernpunkt in einem parteiinternen Reformprogramm, das nach der Wahlniederlage beschlossen wurde.

Auf Lien Chan als einzigem Kandidaten entfielen 97,1 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 57,9 Prozent. (CNAT, nach BBC PF, 24.3.01; TT, 25.3.01) -hws-

#### 46 Eurotrain klagt auf Schadenersatz

Nachdem das deutsch-französische Konsortium Eurotrain für den Bau der Hochgeschwindigkeitsbahn Taipei-Kaohsiung 1997 zunächst als „bevorzugter Anbieter“ ausgewählt worden war, bei der endgültigen Vertragsvergabe zwei Jahre später aber gegenüber dem japanischen Konkurrenten das Nachsehen hatte, verlangen die Konsortialmitglieder Siemens und Alstom nun Schadenersatz in Höhe von rund 900 Mio. Euro und haben bei einem Gericht in Singapur entsprechend Klage eingereicht. Allein der auf Siemens entfallende Auftragswert hätte bei 1,5 Mrd. DM gelegen. Das Konsortium macht jetzt Auslagen geltend, die in den vergangenen vier Jahren angefallen sind. (NfA, 21.3.01; FT, 21.3.01; HB, 21.3.01; vgl. C.a., 1999/12, Ü 42) -hws-

#### 47 Internationale Preise für taiwanische Spielfilme

Der März 2001 dürfte in der Geschichte des taiwanischen Films für alle Zeiten rot vermerkt bleiben: Der taiwanische Regisseur Ang Lee, der auch zuvor schon mehrfach mit seinen Streifen international auf sich aufmerksam gemacht hatte, erhielt für sein Opus „Crouching Tiger, Hidden Dragon“ vier Oscars. Er war damit der erste Asiate, der die hoch renommierte Auszeichnung der amerikanischen Filmkritik als „bester ausländischer Film“ erringen konnte. Mit ihm geehrt wurden – in weiteren drei Kategorien – weitere chinesische Mitwirkende, die teils aus Hongkong stammten.

Der Jubel in Taiwan war groß. Ministerpräsident Chang Chun-hsiung gra-

tulierte und erklärte, der Erfolg bestätige das Konzept einer „wissensgestützten Volkswirtschaft“.

Wenige Tage vor der glamourösen Preisverleihung in Los Angeles hatten drei Filme anderer taiwanischer Regisseure auf dem kleinen Filmfestival im schweizerischen Freiburg einen noch weitaus durchschlagenderen Erfolg verbuchen können, als sie alle drei Hauptpreise auf sich vereinten. Letztes Jahr hatte es schon in Cannes eine Auszeichnung für den taiwanischen Regisseur Edward Yang gegeben sowie im Februar dieses Jahres in Berlin einen Silbernen Bären für Lin Chengsheng. Die Oscar-Verleihung stellt in diesem Zusammenhang den krönenden Abschluss einer internationalen Karriere der taiwanischen Filmkunst dar. (IHT, 20.3.01; NZZ, 21.3.01; CNAT, nach BBC PF, 26.3.01; TT, 27.3.01; FT, 27.3.01) -hws-

#### 48 Politischer Wirbel um japanischen Cartoon-Zeichner

Anfang März erklärte Taiwans Innenministerium den rechtsgerichteten japanischen Cartoon-Zeichner Yoshinori Kobayashi zur *persona non grata* und verweigerte ihm die Einreise, machte kurz darauf aber wieder einen Rückzieher. Der Hintergrund der teils bitteren, teils aber auch etwas skurrilen Affäre, die in Taiwan viel Staub aufgewirbelt hat, ist folgender:

Kobayashi hat ein Comic-Buch mit dem Titel „Taiwan“ herausgebracht, in dem er, wie viele Japaner, die Gräueltaten, die Japan als Besatzungsmacht in China und anderen Ländern beging, zu bestreiten oder zu beschönigen versucht. Im speziellen Fall hatte Kobayashi, der aus seiner rechtslastigen Gesinnung keinen Hehl macht, die Taiwanerinnen, die im Weltkrieg als „Trostfrauen“ – also als Zwangsprostituierte – zur Armee abkommandiert wurden, so dargestellt, als hätten sie ihre Dienste freiwillig versehen. Eine politisch pikante Note erhielt diese Darstellung dadurch, dass Kobayashi ausgerechnet einen Politikberater von Präsident Chen Shui-bian mit der Äußerung zitiert, Japan habe keinen Zwang auf die „Trostfrauen“ ausgeübt. Schon im Februar hatte dies in Taiwan einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Kobayashi wollte nun

in Taiwan über sein Opus diskutieren, erhielt jedoch vom Innenministerium die besagte Einreiseverweigerung mit dem Argument, es sei mit Protesten zu rechnen, und Kobayashis Erscheinen sei weder gut für ihn noch für Taiwan. Die öffentliche Sicherheit sei gefährdet.

Diese Entscheidung stieß jedoch selbst bei Kobayashis Kritikern auf Ablehnung. Taiwan sei eine Demokratie, und es gehe nicht an, die Meinungsfreiheit auf diese Weise zu beschneiden. Auch im Kabinett fand der Bann gegen Kobayashi keine Zustimmung. Schon zwei Tage später machte das Innenministerium einen halben Rückzieher: Die Entscheidung, seinen Einreiseantrag abzulehnen, bleibe bestehen, aber er könne einen neuen Antrag stellen.

Weitere zwei Tage später schaltete sich Präsident Chen selbst in die Debatte ein und betonte, niemandem solle in Taiwan die Einreise wegen seiner ideologischen Ansichten oder Meinungen verweigert werden. Schwarze Listen zu führen gehöre nicht zum Stil der Regierungspartei DPP. Diese Klarstellung seitens des Präsidenten wurde als umso nötiger empfunden, als seine Partei, die DPP, zu Zeiten der Diktatur emphatisch für die Freiheit der Meinungsäußerung gefochten hatten. Hinzu kam, dass sich zwei der Präsidentenberater in der Kobayashi-Affäre durch undiplomatische und einseitige Äußerungen hervorgetan und damit den Präsidenten selbst in Misskredit gebracht hatten. Erstaunen und Empörung hatte vor allem Präsidentenberaterin Alice King hervorgerufen, als sie Kobayashi verteidigte und zudem erklärte, sie erkenne die „Republik China“ – Taiwans offizielle Staatsbezeichnung – nicht an. Nicht nur Oppositionspolitiker zeigten sich befremdet darüber, mit welchen – aus Steuergeldern bezahlten – Personen sich der Präsident umgibt.

Am Ende wurde der Beschluss, Kobayashi die Einreise zu verweigern, aufgehoben. Entgegen Chen Shui-bians Ablehnung von schwarzen Listen gibt es allerdings nach wie vor eine derartige Liste mit 659 Namen von Ausländern, die nach Taiwan nicht einreisen dürfen. Im Zuge der Kobayashi-Affäre wurden lediglich zwei dieser Namen aus der Liste gestrichen. (FT,

3./4.3.01; TT, 3.3., 4.3., 9.3.01; TH, 5.3., 6.3.-9.3.01; SCMP, 9.3.01; CNAT, nach BBC PF, 16.3., 17.3., 23.3.01)  
-hws-